



Was ist politische Bildung in muslimischer Trägerschaft?

Dirk Posenau, Transfer für Bildung e.V. / Fachstelle politische Bildung

Pluralität nonformaler politischer Bildung

Die Pluralität der zivilgesellschaftlich organisierten Trägerlandschaft nonformaler politischer Bildung spiegelt die Vielfalt der weltanschaulichen und politischen Werte und Orientierungen in der Gesellschaft wider und ist damit Ausdruck einer demokratischen Kultur (siehe Beer/Cremer 1999: 114). Klaus-Peter Hufer betrachtet „Vielfalt“ gar als das charakteristische Kennzeichen der politischen Erwachsenenbildung (Hufer 2015). Damit wird die nonformale politische Bildung auch immer von Veränderungsprozessen geprägt, etwa wenn gesellschaftspolitische Herausforderungen zu meistern sind, wie der Wandel hin zu einer nachhaltigen Entwicklung, oder wenn sich die Gesellschaftsstruktur durch Migrationsbewegungen diversifiziert und verändert. Zivilgesellschaftliche Träger nehmen diese Herausforderungen und aktuellen Themen in der Regel auf und sind damit selbst Teil des Wandels. Viele, oftmals neue, Träger repräsentieren einzelne, häufig marginalisierte Gruppen und tragen so zur Diversifizierung politischer Bildung bei. Gelingt es diesen Akteuren, sich zu etablieren und am Fachdiskurs teilzunehmen, und wenn ja, wie? Wie offen und bereit für Veränderungen sind die etablierteren Akteure?

Die politische Erwachsenenbildung wird auf Landesebene u.a. auf der Grundlage von Weiterbildungsgesetzen der Länder und anhand von Sonderförderprogrammen, z.B. über Landeszentralen für politische Bildung, gefördert. Eine staatliche Regelförderung der außerschulischen politischen Jugendbildung erfolgt auf der Grundlage des SGB VIII, § 11, d.h. auf Landesebene über Landesjugend(förder-)pläne und auf Bundesebene über den Kinder- und Jugendplan (KJP) des Bundes. Außerdem gibt es Möglichkeiten, für Maßnahmen politischer Bildung eine Regelförderung oder eine Projektförderung durch die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb sowie über Sonderförderprogramme des Bundes (bspw. „Zusammenhalt durch Teilhabe“, „Demokratie leben!“) zu erhalten. Die Möglichkeit, gefördert zu werden, ist an bestimmte Bedingungen geknüpft (bspw. Gemeinnützigkeit), oft auch an spezifische Anerkennungsverfahren, z.B. als Träger der freien Kinder- und Jugendhilfe oder als Träger der (politischen) Weiterbildung.



Politische Bildung in muslimischer Trägerschaft

Seit den 1970er-Jahren ist die Zahl der in Deutschland lebende Musliminnen und Muslime von 0,5 auf 5,5 Millionen gestiegen (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, zitiert nach de.statista.com 2022). Die Trägerlandschaft der politischen Bildung verändert sich aufgrund dieser gesellschaftlichen Entwicklung. Unter anderen haben in den vergangenen Jahren immer mehr muslimische Bildungsträger ihre Arbeit aufgenommen (siehe Muslimische Akademie Heidelberg 2021).

Staatliche Anerkennungen, z.B. als Träger der politischen Weiterbildung oder der freien Jugendhilfe, stehen für die muslimischen Träger in vielen Fällen jedoch noch aus, sodass sie häufig allein auf eine Finanzierung über Mitgliedsbeiträge, Spendengelder, private Stiftungen und Projektförderungen angewiesen sind. Die meisten haben jedoch noch keinerlei Finanzierung und sind rein ehrenamtlich organisiert. Auch die mangelnde Einbindung der muslimischen Träger politischer Bildung in landes- und bundesweite Fachdiskurse oder Strukturen entspricht noch nicht dem Ziel einer diverseren Trägerlandschaft. Hinzu kommt, dass der bisherige Diskurs um Islam und Muslim*innen in der politischen Bildung von einem Blick geprägt ist, mit dem Muslim*innen im Rahmen der Extremismusprävention entweder als potenzielle Täter*innen oder als potenzielle Opfer betrachtet werden (siehe Hößl/Jamal/Schellenberg 2020). Weniger jedoch werden Muslim*innen als Bürger*innen beachtet, die aus ihrem Glauben und den in ihm verwurzelten Werten heraus am politischen Diskurs teilnehmen und sich in die Gesellschaft sowie in die politische Bildung einbringen.

Aus diesen Gründen wurde 2019 das Projekt „Aus dem Glauben heraus?!“ von der Muslimischen Akademie Heidelberg initiiert und von der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb bis 2022 gefördert. Das Projekt diente der „nachhaltigen Stärkung und Diversifizierung der Struktur der anerkannten Träger der politischen Bildung“¹. Zu dessen Zielen gehörte es, verschiedene Anbieter politischer Bildung in muslimischer Trägerschaft zu vernetzen und einen inhaltlichen Selbstverständigungsprozess untereinander anzuregen.

Waren bisher Islam und Muslim*innen mehrheitlich Thema und Zielgruppe der politischen Bildung, sollen nun Muslim*innen als aktive Akteur*innen und Anbieter*innen gestärkt werden. Dies dürfte, neben anderen Effekten, auch die Teilnehmendenzahl von Muslim*innen an politischen Bildungsangeboten erhöhen. Muslimisch-zivilgesellschaftliche Bildungsträger beteiligen sich an gesellschaftlichen Diskursen und setzen selbst Impulse, wodurch die multiperspektivische Bearbeitung gesamtgesellschaftlich relevanter Fragestellungen bereichert und erweitert wird. Dies stärkt auch die plurale Meinungsbildung und Teilhabe bislang marginalisierter Positionen.

1 <https://www.teilseiend.de/projekt-portfolio/aus-dem-glauben-heraus> (abgerufen am 02.05.2023)



Neu ist dieser Gedanke nicht. Bereits vor knapp 20 Jahren, 2004, wurde die *Muslimische Akademie in Deutschland*, mit dem Ziel der Stärkung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe von Muslim*innen, gegründet. Durch eine zentrale Verwaltungsstelle sollte ein bundesweites Netz an Lernorten aufgebaut werden². Dieses Vorhaben scheiterte allerdings nach einigen Jahren unter anderem an mangelnder Finanzierung und fehlenden personellen Kapazitäten (siehe Hoffmann 2012). Heutige Akteure schlussfolgerten hieraus die Notwendigkeit eines Bottom-Up Ansatzes, also der Stärkung lokaler, in den muslimischen Communities verwurzelter Initiativen und deren Vernetzung (siehe Muslimische Akademie Heidelberg 2021). Dies bestätigt auch ein von der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb gefördertes Projekt, bei dem drei muslimische Akademieinitiativen die Potenziale und Perspektiven einer *Bundesarbeitsgemeinschaft Islamischer Akademien* ermittelten.

Selbstorganisationen als Teil marginalisierter Felder der politischen Bildung

In der *Topografie der Praxis politischer Bildung von Transfer für Bildung e.V. / Fachstelle Politische Bildung*³ werden institutionalisierte Praxisfelder der formalen und nonformalen politischen Bildung systematisch dargestellt. Politische Bildung in muslimischer Trägerschaft lässt sich hier keinem der Praxisfelder eindeutig zuordnen, sondern liegt quer zu diesen und den dort verwendeten drei Ordnungskategorien: geteilte rechtliche, politische und wissenschaftliche Grundlagen. Zudem kreuzen sich in diesem Bereich Praxisfelder und Diskurse, die in der *Topografie* unter der Kategorie „Weitere Felder“ zusammengefasst sind, wie religiöse/ethische Bildung, Präventionsarbeit oder Empowerment. Anhand der Selbstbeschreibungen der Ziele, Ansprüche und Praxis muslimischer Einrichtungen und Träger aus der Broschüre „Muslimisch-Zivilgesellschaftliche Bildungsträger in Deutschland – Bestandsaufnahme und Selbstporträts“ der *Muslimischen Akademie Heidelberg* soll dies veranschaulicht werden.

Die Landschaft der muslimischen Organisationen, die hauptsächlich politische Bildung anbieten oder in denen politische Bildung zu einem wichtigen Aspekt der Arbeit gehört, ist jung, vielfältig und dynamisch. Viele Einrichtungen wurden in den letzten 10 Jahren gegründet. Einige Organisationen verstehen sich vor allem als Träger der nonformalen politischen Bildung, andere stattdessen als Lobbyorganisationen, die die gesellschaftspolitischen Interessen von Muslim*innen gegenüber dem Staat und der Gesellschaft vertreten, wieder andere als Einrichtungen der Wohlfahrtspflege. Das Angebotsspektrum umfasst unter anderem Bildung, Kultur, Beratung, Freizeitgestaltung,

² <https://www.bpb.de/die-bpb/presse/pressemitteilungen/50804/muslimische-akademie-in-deutschland-gegruendet/> (abgerufen am 02.05.2023)

³ <https://transfer-politische-bildung.de/transfermaterial/topografie-der-praxis/>



Seelsorge und Religion. „Zugleich eint diese Akteure eine hohe, maßgeblich im eigenen Glauben gründende Motivation, gesamtgesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und dabei insbesondere auch die muslimische Zivilgesellschaft zu empoweren“ (Soylu 2022: 39).

Politische Bildung in muslimischer Trägerschaft wird jedoch auch von der gesellschaftlichen Marginalisierung muslimischer Bürger*innen geprägt. Beides – muslimisches Selbstverständnis und Marginalisierung – schafft Gemeinsamkeiten der Praxis hinsichtlich Themenwahl und pädagogischer Konzepte. Neben originären Angeboten politischer Bildung findet sich eine Vielzahl an anderen pädagogischen Angeboten, die aber in Zielsetzung und Methodik große Schnittmengen mit politischer Bildungsarbeit aufweisen.

Politische Bildung als Teil von Empowerment-Arbeit

Eine grundlegende Motivation der muslimischen Träger ist das Empowerment der muslimischen Zivilgesellschaft. Empowerment ist kein klar umgrenzter Begriff. Viele Praktiken lassen sich hierunter fassen. In vielen Fällen jedoch geht es darum, dass sich von Diskriminierung betroffene Individuen und Gruppen durch individuelle und kollektive Stärkung der Selbstbestimmung gegen Diskriminierung und ihre Wirkungen zu Wehr setzen (vgl. Mohseni 2020: 101). Genauso vielseitig wie Diskriminierung und ihre Folgen ist dementsprechend auch die Empowerment-Arbeit.

Auch die muslimischen Träger bedienen sich teilweise des Empowerment-Begriffs und bezeichnen und begründen damit Angebote unterschiedlicher Inhalte und Formate. Unter dem Label Empowerment lassen sich Angebote einordnen, in denen Betroffene über Themen wie Rassismus, Postkolonialismus, Diskriminierung und Widerstandsstrategien sprechen (siehe Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V.)⁴, politische Bildung als „Grundrechtserziehung“, in der muslimische Frauen über ihre politischen und juristischen Rechte und Handlungsoptionen aufgeklärt werden (Aktionsbündnis muslimischer Frauen in Deutschland e.V., in: Muslimische Akademie Heidelberg 2021: 23), politische Bildung sowie Kunst- und Kulturangebote als Strategie zur Stärkung einer positiven Selbstwahrnehmung (siehe Alhambra Gesellschaft e.V., in: Muslimische Akademie Heidelberg 2012: 25), politische Bildung als Befähigung, sich politisch selbstbestimmt zu positionieren sowie eigene Interessen und Forderungen zu formulieren (siehe Deutsche Islam Akademie e.V., in: Muslimische Akademie Heidelberg 2021: 36) sowie Bildungsangebote zur Kompetenzsteigerung im Bereich des zivilgesellschaftlichen und politischen Engagements (siehe Engagierte Muslime Deutschland e.V., in: Muslimische Akademie Heidelberg 2021: 43).

⁴ <https://bmf-koeln.de/bildung/seminare/> (abgerufen am 19.09.2022)



Auffällig ist hier die große Schnittmenge von Empowerment-Arbeit und politischer Bildung. Dies ist nicht verwunderlich, da es auch inhaltliche Überschneidungen gibt. So weist die deutsche Übersetzung von Empowerment als Selbstbefähigung/Selbstermächtigung (siehe Tank 2013: 12) eine Ähnlichkeit zu klassischen bildungstheoretischen Begriffen wie Autonomie und Mündigkeit auf. Beide bezeichnen eine Zunahme an Selbstbestimmung. Ebenso sind für beide Konzepte Begriffe wie Handlungs-, Subjekt- und Ressourcenorientierung von hoher Relevanz. Auch auf das Ziel der Befähigung zur politischen Teilhabe beziehen sich sowohl Konzepte politischer Bildung als auch Empowerment-Konzepte. Diesen Gemeinsamkeiten entsprechend erscheinen Angebote politischer Bildung für muslimische Träger als ein attraktives Mittel, um das Ziel des Empowerments der eigenen Community zu erreichen.

Trotzdem geht Empowerment nicht in politischer Bildung auf, sondern ist ein umfassenderes Konzept, das wie beschrieben auch andere Aspekte einschließt. Im Kontext rassistischer und antimuslimischer Diskriminierung erscheint Empowerment-Arbeit als notwendige Erweiterung zu politischer Bildung, denn:

„Als Angehörige von Minderheiten sehen sich Vertreter*innen dieser [junge Muslim*innen und Menschen mit Migrationsgeschichte; Anmerk. d. FpB] oft mit Identitätskonflikten und Ausgrenzungserfahrungen konfrontiert. Die daraus resultierenden Krisen und Kränkungsgefühle – sowie weitere erschwerende Bedingungen – hemmen häufig gesellschaftliche Teilhabe und ihre Überwindung kostet in der Regel Mut.“ (FödeM Bildungsinitiative – Förderung des deutschsprachigen Muslimseins, in: Muslimische Akademie Heidelberg 2021: 46)

Die Auseinandersetzung mit diesen Kränkungsgefühlen und der Aufbau von Selbstwertgefühlen und Wohlbefinden sowie die Erfahrung von selbstverständlicher Anerkennung und Zugehörigkeit im Rahmen von Empowerment-Arbeit sind wichtige Voraussetzungen, damit Musliminnen und Muslime politisch und zivilgesellschaftlich teilhaben können.

Zwischen religiöser und politischer Bildung? Innermuslimischer Dialog und muslimische Perspektiven auf gesellschaftliche Themen

Neben der geteilten Erfahrung von Diskriminierung zeichnet sich die muslimische Gemeinschaft durch eine hohe Binnendifferenzierung aus. Politische Bildung in muslimischer Trägerschaft ist darum auch innermuslimischer Dialog, Kontroverse und Verständigung, in der die Teilnehmenden „Fragen, die sich aus ihrer Lebenswirklichkeit, ihrer gesellschaftlichen Präsenz sowie ihrer ureigenen inneren Diversität ergeben, eigenständig beantworten.“ (Alhambra Gesellschaft e.V., in: Muslimische Akademie Heidelberg 2021: 25).

Innermuslimischer Dialog kann dementsprechend sowohl die Bedeutung des Islams für die



eigene Lebensführung, d.h. religiöse Bildung, zum Inhalt haben, als auch die gesellschaftliche und politische Rolle von Muslim*innen in Deutschland und andere politische Themen. Die Unterscheidung dieser beiden Bildungsbereiche ist jedoch nicht immer eindeutig möglich, da auch die jeweiligen Gegenstandsbereiche nicht immer klar getrennt sind. Religion und Politik beeinflussen sich gegenseitig und haben beide das Wohl des Individuums und der Gemeinschaft im Blick (siehe Janovsky/Windegger 2021: 152).

In dem Moment, in dem über Glaubensfragen diskutiert wird und Meinungen und Bekenntnisse der Kritik unterzogen werden können, erhält die eigene Meinung ein Element der freien Entscheidung, was subjektbildend wirken kann. Aus diesem Grund betonen muslimische Träger die Bedeutung innerislamischer Pluralität (siehe Alhambra Gesellschaft e.V., in: Muslimische Akademie Heidelberg 2021: 25 und siehe Deutsche Islam Akademie e.V., in: Muslimische Akademie Heidelberg 2021: 36). Religiosität, die Pluralität anerkennt und Kontroversen zulässt, kann dann als Ressource für eine kontroverse Auseinandersetzung mit politischen Themen gelten.

Politische Bildung ist immer werteorientiert. Die Werteorientierung kann theistisch oder nicht theistisch sein. Politische Bildung mit einer religiös begründeten Werteorientierung ist bekannt durch die große Präsenz christlich-konfessioneller Bildungsträger und ihrer Angebote. Muslimische Trägerschaft politischer Bildung bietet nun Muslim*innen die Möglichkeit, im Feld der nonformalen Bildung über politische Themen auf Grundlage islamischer Ethik zu diskutieren und Positionen zu beziehen. Muslim*innen werden dadurch darin gefördert, sich mit ihrer religiösen Perspektive am gesellschaftlichen Diskurs zu beteiligen und ihre politische Teilhabe zu stärken (siehe Islamische Akademie NRW e.V., in: Muslimische Akademie Heidelberg 2021: 50). Insbesondere die Teilnahme an der sogenannten Islamdebatte wird von vielen Akteur*innen hervorgehoben. Deren Ziel ist es, eine Situation zu schaffen, in der nicht länger über, sondern mit den Beteiligten gesprochen wird, sie an der Gestaltung von Gesellschaft und Politik gleichwertig beteiligt werden und sich proaktiv einbringen können.

Gemeinsam für eine plurale Gesellschaft – Interreligiöser und -kultureller Dialog / Aufklärungsarbeit

Zu Beginn dieses Beitrags wurde die Bedeutung von Pluralität für die Demokratie hervorgehoben. Eine demokratische Gesellschaft kann sich jedoch nicht mit einem beziehungslosen Nebeneinander von Unterschieden zufriedengeben. Ein friedliches, fruchtbares Miteinander auf der Grundlage demokratisch legitimierter Entscheidungen ist auf Dialog angewiesen. Ein Großteil der muslimischen Bildungsträger engagiert sich auch im interreligiösen und interkulturellen Dialog. Hierfür arbeiten sie mit christlichen und jüdischen



Einrichtungen eng zusammen: zum Kennenlernen, für den Abbau von Vorurteilen sowie für eine Verständigung über geteilte Werte.

„In unserer pluralen Gesellschaft sollen religions- und kulturübergreifende Angebote zur gegenseitigen Aufgeschlossenheit und Gesprächsbereitschaft von Menschen beitragen und damit das friedliche Miteinander fördern.“ (Cordoba e.V., in: Muslimische Akademie Heidelberg 2021: 33f.)

Des Weiteren wird der interreligiöse und interkulturelle Dialog geführt, in dem auch gezielt Angebote für Nicht-Muslim*innen bereitgestellt werden. Als Teil einer Religionsgemeinschaft, die in Deutschland sehr stark von Ressentiment und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffen ist (vgl. Zick/Küpper 2021), versuchen muslimische Träger politischer Bildung unter anderem, den Vorurteilen durch Aufklärungsarbeit und Wissensvermittlung zu begegnen. Hierbei werden beispielsweise Moscheeführungen und Museumsbesuche als Exkursionen, also klassische Formate der politischen Bildung, ebenso angeboten wie Formate historisch-politischer Bildung, z.B. zur osmanischen Geschichte.

Gegen Extremismus und Radikalisierung – Präventionsarbeit gegen radikalen Islamismus

Ein weiteres Themen- und Handlungsfeld der muslimischen Träger ist die Extremismusprävention. Prävention bezeichnet ein Handeln, das darauf gerichtet ist unerwünschte zukünftige Ereignisse zu verhindern (Glaser/Rahner 2022). Extremismusprävention bemüht sich folglich um die Verhinderung des Entstehens, der Verfestigung und Reproduktion von extremistischen politischen Einstellungen. In der sogenannten Primärprävention, die vor dem Auftreten des unerwünschten Zustandes ansetzt, werden auch Methoden und Formate der politischen Bildung umgesetzt. Im Diskurs der politischen Bildung wird Präventionsarbeit hingegen kontrovers diskutiert (siehe Becker et al. 2020: 165). Eine gängige Abgrenzung lautet, dass Präventionsarbeit notwendigerweise defizitorientiert arbeite und ihre Teilnehmenden als potenzielle Gefährder*innen oder Gefährdete betrachte. Politische Bildung habe jedoch ressourcenorientiert zu arbeiten und ziele auf die Förderung von Selbstbestimmung, Wissen und Kompetenzen. Hier könne man allerhöchstens von präventiven Sekundäreffekten der politischen Bildung sprechen. Im Kontext von Präventionsarbeit gegen religiös begründeten Extremismus wird des Weiteren die spezielle Adressierung von Muslim*innen kritisch gesehen, da sie hierdurch unter Generalverdacht gestellt und stigmatisiert würden (siehe Ostwaldt 2020: 101). Dennoch engagieren sich auch muslimische Träger gezielt in der Extremismusprävention, nicht zuletzt deshalb, weil Präventionsarbeit durch staatliche Förderprogramme in Millionenhöhe



bedacht wird. Zudem gibt es seit langem gesellschaftlich-politische Anfragen und Forderungen an muslimische Organisationen, sich an der Präventionsarbeit gegen religiös begründeten Extremismus zu beteiligen (siehe Greschner 2020: 8). Die Motivation zur Präventionsarbeit wird damit also auch von außen beeinflusst. Interessant ist, dass Ziele der Präventionsarbeit und der politischen Bildung von muslimischen Trägern, die sich in diesem Bereich betätigen, zusammengedacht werden. So wird etwa angegeben, dass Autonomie, Selbstbestimmung und Handlungsfähigkeit gefördert werden sollen, um die politische Teilhabe junger Muslim*innen zu erhöhen, was wiederum das Risiko von religiös motivierter Radikalisierung mindere (siehe Jumed im Einsatz – Junge Muslime engagiert für Demokratie, in: Muslimische Akademie Heidelberg 2021: 57).

Fazit

In einer demokratischen Kultur spiegelt politische Bildung die Pluralität der Gesellschaft wider. Dies zeigt sich sowohl an den Inhalten als auch gleichermaßen bei Teilnehmenden und Bildungsanbieter*innen. Vielfalt der Inhalte und der Teilnehmenden wird durch Pluralität bei den Bildungsanbieter*innen ermöglicht. Folglich können muslimische Akteur*innen in der politischen Bildung Themen angemessen und sachgerecht aufgreifen und behandeln, die speziell, aber nicht ausschließlich, für Muslim*innen relevant sind. Dies kann die Teilnahme von Muslim*innen an Veranstaltungen der nonformalen politischen Bildung erleichtern.

Politische Bildung in muslimischer Trägerschaft ist nicht lediglich eine weitere konfessionelle weltanschauliche Grundlegung neben anderen. Vielmehr reagiert sie notwendigerweise thematisch und konzeptionell auf Rassismus, Ausgrenzung und Marginalisierung – auch mit dem Fokus, die muslimische Zivilgesellschaft zu empowern, politische und zivilgesellschaftliche Teilhabe zu unterstützen sowie gesamtgesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen (siehe Soylu 2022).

Literatur

Becker, Helle / Fereidooni, Karim / Krüger, Thomas / Nordbruch, Götz / Oberle, Monika (2020): Politische Bildung und Primärprävention. Auszug aus einer Fachdebatte. In: Hößl, Stefan E. / Jamal, Lobna / Schellenberg, Frank (Hrsg.): Politische Bildung im Kontext von Islam und Islamismus. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Bd. 10399, Bonn, S. 165-185



Beer, Wolfgang / Cremer, Will (1999): Die Träger außerschulischer politischer Bildung. In: Beer, Wolfgang / Cremer, Will / Massing, Peter (Hrsg.): Handbuch politische Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts.

Glaser, Enrico / Rahner, Judith (2022): Prävention. In: Bundesausschuss politische Bildung (bap): Grundbegriffe der Politischen Bildung, online: <https://profession-politischebildung.de/grundlagen/grundbegriffe/praevention/> (abgerufen am 19.09.2022)

Greschner, Deniz (2020): Muslimische Jugendarbeit. Handlungsfelder und Herausforderungen im Kontext von Sicherheitsdiskursen. In: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb: Infodienst Radikalisierungsprävention, online: <https://www.bpb.de/themen/infodienst/316281/muslimische-jugendarbeit/> (abgerufen am 19.09.2022)

Hoffmann, Christian Abdul Hadi (2012): Muslimische Akademie in Deutschland. Bilanz nach sieben ein halb Jahren. Online: <https://islam.de/19998.php> (abgerufen am 14.11.2022)

Hößl, Stefan E. / Jamal, Lobna / Schellenberg, Frank (Hrsg.) (2020): Politische Bildung im Kontext von Islam und Islamismus. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Bd. 10399, Bonn

Hufer, Klaus-Peter (2015): Erwachsenenbildung. Online: <https://www.bpb.de/lernen/politische-bildung/193229/erwachsenenbildung/?p=all> (abgerufen am 19.09.2022)

Janovsky, Nikolaus / Windegger, Josef (2021): Religionspädagogik und Politische Bildung. In: Stainer-Hämmerle, Kathrin (Hrsg.): Glaube - Klima - Hoffnung. Religion und Klimawandel als Herausforderungen für die politische Bildung. Schwalbach/Ts.

Mohseni, Maryam (2020): Empowerment-Workshops für Menschen mit Rassismuserfahrungen. Theoretische Überlegungen und biographisch-professionelles Wissen aus der Bildungspraxis. Wiesbaden

Muslimische Akademie Heidelberg (2021): Muslimisch-Zivilgesellschaftliche Bildungsträger in Deutschland – Bestandaufnahme und Selbstporträts, online: https://www.teilseiend.de/wp-content/uploads/2021/10/MAHD_Broschu%CC%88re.pdf (abgerufen am 19.09.2022)

Ostwaldt, Jens (2020): Islamische und migrantische Vereine in der Extremismusprävention. Schwalbach/Ts.

Soylu, Yasemin (2022): Politische Bildung in der postmigrantischen Gesellschaft. Zugänge aus muslimischer Perspektive. In: Journal für politische Bildung, 12. Jg., H. 2. Frankfurt a.M., S. 38-41



Statista Research Department (2022): Entwicklung der Anzahl der Muslime in Deutschland von 1945 bis 2020. Zitiert nach de.statista.com, online:

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/72321/umfrage/entwicklung-der-anzahl-der-muslime-in-deutschland-seit-1945/> (abgerufen am 19.09.2022)

Tank, Gabriele Gün (2013): Ein etwas anderes Vorwort. In: Heinrich-Böll-Stiftung MID-Redaktion, online:

https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=&cad=rja&uact=8&ved=2ahUKEwjDvOvG46D6AhUylcUKHTMnAA0QFnoECAkQAQ&url=https%3A%2F%2Fheimatkunde.boell.de%2Fsites%2Fdefault%2Ffiles%2Fdossier_empowerment.pdf&usg=AOvVaw3fyZGc_NPF18Uffrg73YhV (abgerufen am 19.09.2022)

Zick, Andreas / Küpper, Beate (Hrsg.) (2021): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn